

PRESSE

BayernSPD Landtagsfraktion

**Coronavirus – Bayerisches Konjunkturpaket
soll bei Wirtschaftseinbruch helfen**

mit

**Horst Arnold, MdL,
Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion**

10. März 2020, 11.00 Uhr,
Pressekonferenzraum 211 im Bayerischen Landtag



Für Arbeitsplätze und Mittelstand in Bayern: Konjunkturpaket vorbereiten

Der SPD-Fraktionschef Horst Arnold schlägt zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise im Freistaat ein bayerisches Konjunkturprogramm vor: „Bayern hat ausreichend Mittel und Möglichkeiten, um notfalls bei einem wirtschaftlichen Einbruch infolge der Ausbreitung des Coronavirus wirksam zu helfen. Das gilt sowohl bei Verwerfungen im Binnenmarkt als auch in der Weltwirtschaft, falls Märkte oder Lieferketten und somit die heimische Produktion und die bayerische Wirtschaft insgesamt beeinträchtigt werden.“

Um umfassend handlungsbereit und schnell handlungsfähig zu sein, muss Bayern jetzt ein Konjunkturpaket vorbereiten. Das Konjunkturpaket muss so angelegt sein, dass es schnell wirkt und die Wirtschaft, hier insbesondere den Mittelstand, und die Arbeitsplätze stabilisiert.

Gegenwärtig laufen im Landtag die Beratungen zum Nachtragshaushalt 2019/2020. Er soll am 1. April verabschiedet werden. Für ein bayerisches Konjunkturpaket können also zeitnah im regulären Gesetzgebungsverfahren die erforderlichen Grundlagen geschaffen werden.

Die SPD-Landtagsfraktion steht für ein Zwei-Milliarden-Euro-Konjunkturpaket

Ein Konjunkturpaket zielt immer auf die Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und damit auf mehr Wachstum und mehr Beschäftigung. Die Ansatzpunkte des Zwei-Milliarden-Euro-Konjunkturpakets sind das Vorziehen und die Ausweitung von Investitionen und Maßnahmen beim Freistaat und für die Kommunen, die Stärkung des privaten Konsums, das Vorziehen der Einstellung von Personal und insbesondere die Unterstützung des Mittelstands.

Das Konjunkturpaket umfasst die folgenden vier Punkte, wobei die jeweils ausgewiesenen Mittel gegenseitig deckungsfähig sein sollen.



1. Mittelstand unterstützen und Nachfrage stärken: 1.050 Millionen Euro

Der Mittelstand und die private Nachfrage sind tragende Elemente der bayerischen Wirtschaft. Deshalb sollen folgende Mittel bereitgestellt werden:

- Das Mittelstandskreditprogramm der LfA Förderbank Bayern ist um eine Milliarde Euro aufzustocken, insbesondere für Liquiditätshilfen und den Bereich Stabilisierung („Drohende Schieflagen erkennen, wirkungsvoll gegensteuern“ lt. Definition der LFA).
- Für eine Ökoprämie von 250 Euro für den Kauf eines neuen Elektrogerätes mit höchster Effizienzstufe bei gleichzeitiger Rückgabe des alten Gerätes. Das gilt für Waschmaschinen, Kühlschränke, Kühltruhen und Geschirrspülmaschinen. Das ist gut für das Klima und stärkt Strukturen und Arbeitsplätze im Einzelhandel. Dafür sind 50 Millionen Euro einzuplanen.

Die zusätzlichen Mittel betragen somit insgesamt 1.050 Millionen Euro.

2. Zusätzliche Investitionen und Maßnahmen beim Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV): 200 Millionen Euro

In den aktuellen Haushaltsberatungen will die SPD-Landtagsfraktion 200 Millionen Euro mehr für den ÖPNV und Schienenpersonennahverkehr (SPNV):

- Zusätzliche Investitionen in den ÖPNV und SPNV (Fahrzeuge, Digitalisierung, Verbundstrukturen), was insbesondere vor Ort in den Kommunen wirkt.
- Private Nachfrage stärken durch kostenlose Tickets (für Schülerinnen und Schüler, Azubis und Studierende, Seniorinnen und Senioren und Bedürftige), da damit das verfügbare Einkommen der Betroffenen erhöht wird.



Diese sinnvollen Maßnahmen wurden bislang abgelehnt. Sie können nun – neben der verkehrspolitischen Notwendigkeit – wegen der gesamtwirtschaftlichen Erfordernisse zusätzliche konjunkturpolitische Aktualität gewinnen.

3. Investitionen und Maßnahmen vorziehen: 700 Millionen Euro

Das Vorziehen von Maßnahmen und Investitionen bedeutet, dass Mittel, die in der Zukunft (z. B. für Universitäten, Hochschulen, Krankenhäuser) voraussichtlich ausgegeben werden, bereits in diesem Jahr wirksam werden können:

- Die jährlichen staatlichen Investitionen in Bayern betragen aktuell 8,8 Milliarden Euro. Die Staatsregierung ist aufgefordert zu prüfen, was an künftigen Investitionen sinnvoll schon 2020 fließen kann.
- Zum Beispiel konkret die Hightech Agenda Bayern (Wissenschaft und Wirtschaft, von künstlicher Intelligenz über Digitalisierung und Life Sciences bis hin zur Batterietechnik und einem Automobilfonds) soweit wie möglich vorziehen; in der Hightech Agenda Bayern sind in diesem Jahr 346 Millionen Euro vorgesehen. Von dem ab 2021 geplanten Volumen von 1.491 Millionen Euro soll so viel wie möglich und sinnvoll bereits 2020 investiert werden. Das gilt auch für 1.796,5 neue Stellen bei den Universitäten und Hochschulen, die erst ab 2021 eingeplant sind, aber teilweise schon 2020 realisiert werden könnten.

Insgesamt sollen 700 Millionen Euro für das Vorziehen von Investitionen und Maßnahmen vorgesehen werden.



4. Vorhandene Stellen rasch und vollständig besetzen: 50 Millionen Euro

Die Besetzung von Stellen hat ebenfalls eine konjunkturelle Wirkung (und sie stärkt die Staatsverwaltung und nützt somit den Bürgerinnen und Bürgern), da durch die zusätzlichen privaten Einkommen zusätzliche gesamtwirtschaftliche Nachfrage entsteht.

- Es soll seitens der Staatsregierung geprüft werden, inwieweit alle 3.730 neuen Stellen (Stammhaushalt und Nachtragshaushalt) in 2020 so früh wie möglich besetzt werden können.
- Alle vorhandenen Stellen in der Staatsverwaltung sollen auch tatsächlich mit Arbeitskräften besetzt sein (z. B. Streichung der dreimonatigen Wiederbesetzungssperre und sofortige Neubesetzung einer freiwerdenden Stelle).

Dafür werden zusätzlich insgesamt 50 Millionen Euro vorgesehen.

Das Konjunkturpaket erzeugt deutliche Wachstumsimpulse

Im Jahr 2018 betrug das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Bayern 635,2 Milliarden Euro. Mit zwei Milliarden Euro mehr kann rechnerisch beispielsweise in einem halben Jahr durchaus ein wirtschaftliches Wachstum in Bayern von zusätzlich einem Prozent oder mehr erzeugt werden, da die zwei Milliarden Euro nicht nur einmal, sondern im Wirtschaftskreislauf mehrfach ausgegeben werden (volkswirtschaftlicher Multiplikatoreffekt).



Finanzierung durch Entnahme von zwei Milliarden Euro aus der Rücklage

Laut bayerischem Staatshaushalt beträgt die „Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage“ zum 31.12.2019 8,905 Milliarden Euro und liegt zum 31.12.2020 voraussichtlich bei 6,975 Milliarden Euro.

Die erforderlichen zwei Milliarden Euro sind also nicht nur aus der Rücklage problemlos zu finanzieren. Sie leisten auch einen Beitrag für die Stabilisierung von Wachstum und Beschäftigung und damit der Steuereinnahmen des Freistaats in der Zukunft.

Gesetzliche Voraussetzungen im Rahmen der Haushaltsberatungen

Gegenwärtig laufen im Landtag die Beratungen zum Nachtragshaushalt 2019/2020. Er soll am 1. April verabschiedet werden. Für ein bayerisches Konjunkturpaket können also zeitnah im regulären Gesetzgebungsverfahren die erforderlichen Grundlagen geschaffen werden.

Die SPD bietet der Staatsregierung Gespräche über das Konjunkturpaket an

Die SPD-Landtagsfraktion bietet der Staatsregierung Gespräche über ein wirksames Konjunkturpaket an, um die erforderlichen Mittel noch im Rahmen des Nachtragshaushalts 2019/2020 bereitstellen zu können. Das gemeinsame Ziel muss es sein, die bayerische Wirtschaft, und hier insbesondere den Mittelstand, zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern.

Darüber hinaus behält sich die SPD-Landtagsfraktion parlamentarische Initiativen für ein bayerisches Konjunkturpaket vor.



Wer bislang für konjunkturpolitische Maßnahmen ist:

- Koalition in Berlin: Liquiditätshilfen, zusätzliche 12,4 Mrd. Euro Investitionen, Ausweitung des Kurzarbeitergeldes (9. März. 2020).
- Corona-Krise: Metallarbeitgeber fordern rasche Ausweitung des Kurzarbeitergelds (4. März 2020).
- Hubertus Heil: Wenn Unternehmen auf Kurzarbeitergeld angewiesen seien, dann stünden die Mittel "relativ schnell" zur Verfügung. "Wir haben die Instrumente bereit" (3. März 2020).
- Markus Söder plädiert wegen des Coronavirus für rasche Hilfen der Bundesregierung für die deutsche Wirtschaft (3. März 2020).
- „Wenn die Lage es erforderte“: Olaf Scholz sieht genug Geld für Konjunkturprogramm vorhanden (1. März 2020).
- Corona-Angst: Marcel Fratzscher (DIW-Chef) befürwortet Konjunkturprogramm (29.02.2020).